

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Alrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in L. eferich bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung. Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Daube & Co., Haasenfein & Vogler, Rudolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Görtz beim „Invalidendank“.

Nr. 283.

Sonnabend, 24. April.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepalte Petitzelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

* Eine neue Ueberraschung*.)

Auffallend oft wiederholt sich neuerdings die Erscheinung, daß die offiziellen Organe irgend eine durch die Zeitungen laufende Mittheilung politischer Natur feierlichst dementiren, sie gar für ein „Phantasiengebilde sensationslüsterner Korrespondenten“ erklären, um kurz darauf ganz dieselbe Mittheilung ihrerseits mit der unbefangenen Miene von der Welt als eine thatsächliche zu veröffentlichen. So ging es mit gewissen Nachrichten über Vorgänge im Reichsgesundheitsamte, so mit anderen, so wird es jetzt wohl auch mit der Nachricht über die beabsichtigte Einführung der Wehrsteuer ergehen. Die offiziöse Presse hatte die seit Monaten unlaufenden Gerüchte über den Gegenstand als bloße Phantasie-Ausgeburten gekennzeichnet; jetzt tritt aber in parlamentarischen Kreisen mit größter Bestimmtheit die Nachricht auf, nicht nur daß die Regierung mit der Einführung einer Wehrsteuer umgehe, sondern daß dieselbe bereits dem Bundesrath vorgelegt sei, und daß das Gesetz mit dem 1. Oktober dieses Jahres noch in Kraft treten solle. Demnach müßte dasselbe noch in der gegenwärtigen Reichstagsession erledigt werden. Bei der Lage der Reichstagsgeschäfte wäre in diesem Falle an eine Beendigung der Session bis zum 20. Mai, dem äußersten Termin für den Beginn der Nachsession des Landtags, kaum zu denken, und es würde also für einige Zeit abermals das leidige Zusammenfallen von Reichstag und Landtag unvermeidlich, oder aber es müßte die Nachsession des Landtags verschoben werden, was doch ebenfalls, in Anbetracht des steigenden Thermometers, höchst mißlich wäre. Parlamentarische Arbeit im Juni und Juli sollte zu den allerjüngsten Ausnahmen und Nothbehelfen gehören, nicht aber, wie anscheinend bei uns, zur Regel werden.

Erachtet also die Regierung die Einbringung der Steuervorlage für unumgänglich nothwendig, so muß man sich verwundert fragen, warum dieselbe bis jetzt, zu diesem äußersten Termin verschoben worden ist, und trifft obige Voraussetzung nicht zu, so weiß man nicht, warum Reichstag und Landtag durch die Einbringung der Vorlage im gegenwärtigen Augenblick überhaupt noch behelligt werden. Jedenfalls wird durch dieses Vorgehen der nachgerade immer weiter sich verbreitende Eindruck, daß in gewissen maßgebenden Kreisen Ruhe und Sicherheit immer mehr abhanden kommen, nicht vermindert werden.

Was nun die Steuer selbst anbelangt, so wurde früher behauptet, der Ertrag derselben, auf 17 Millionen veranschlagt, sei zur Deckung des durch die Militärgesetz-Novelle verursachten Mehraufwandes bestimmt. Nach der neuen Version dagegen wäre der Ertrag der Steuer auf 10 Millionen veranschlagt. Besteuert werden nach den jetzt courfirten Angaben alle Dienstpflichtigen, welche ausgemustert oder ausgelooft, der Ersatzreserve erster oder zweiter Klasse zugewiesen werden, oder welche vor Ablauf der Dienstpflicht aus dem Militärdienst ausscheiden. Alle solche Personen zahlen ohne Unterschied 12 Jahre hindurch einmal eine feste Steuer von vier Mark, ferner eine Einkommen- bezw. Klassensteuer, nämlich bei einem Einkommen von 6000 M. 3 pCt. in steigender Scala, bei einem Einkommen unter 6000 M. einen geringeren Prozentsatz. So lange der von der Militärpflicht Befreite unselbstständig und ohne eigenes Einkommen ist, sind diejenigen, welche zu seiner Unterhaltung verpflichtet sind, auch verpflichtet, die Steuer zu tragen.

Dies ist, wie in Abgeordnetenkreisen jetzt ganz bestimmt behauptet wird, der Hauptinhalt der abermals eine neue direkte Steuer bringenden Gesetzesvorlage.

St. C. Die tödtlichen Verunglückungen Erwerbthätiger im Berufe in Preußen.

Unter den Thatfachen, welche die Statistik aller Staaten, insbesondere aber der Industriestaaten, immer genauer festzustellen bestrebt ist, nehmen die Verunglückungen Erwerbthätiger in und außerhalb ihrer Berufsausübung eine hervorragende Stelle ein.

Diese Verunglückungen oder Unfälle, wie man sie kürzer nennt, sind zum Theil tödtliche, zum Theil nicht tödtliche. Zu jenen werden jedoch jetzt, ziemlich übereinstimmend, nicht bloß diejenigen gerechnet, welche den sofortigen Tod der Verunglückten herbeiführen, sondern auch die, welche ihn innerhalb 48 Stunden zur Folge haben. Alle anderen Verunglückungen sind hiernach nicht tödtliche. Ist deren Grenze nach Oben auf diese Weise genau bestimmt, so ist sie es nach Unten leider fast gar nicht, gleichviel ob man sie nach der Schwere der Verletzung oder nach

der Zeitdauer der Erwerbsunfähigkeit der vom Unfall Betroffenen eintheilt. Nach der ersteren unterscheidet man Verunglückungen, deren Ausgang der Verlust, bezw. die gänzliche Lähmung eines oder beider Beine oder Füße, eines oder beider Arme oder Hände, eines oder beider Augen ist. Diese Eintheilung ist unzureichend, weil es noch sehr viele andere Verunglückungen geben kann. Eben deshalb wird sie durch die ökonomische Eintheilung mehr und mehr verdrängt, wonach man zunächst unterscheidet: Verunglückungen mit dauernder und zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und letztere wieder in solche, die die davon Betroffenen mehr als 6 Monate, über 1 bis 6 Monate, über eine Woche bis einen Monat und über einen Tag bis eine Woche arbeits- und daher erwerbsunfähig machen. Natürlich vermehrt sich die Zahl der Unfälle, je kleiner die Zeitabschnitte der dadurch herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit sind, welche letztere wiederum davon abhängig ist, ob Jemand schon wegen eines Schnitts in den Finger oder einer Quetschung des Fußes die Arbeit unterbrechen zu müssen für nöthig hält.

Am genauesten lassen sich die tödtlichen Unfälle feststellen. Wenn man nun aber auch weiß, daß z. B. im preussischen Staate (dessen Unfallstatistik die weitaus vollständigste ist) Erwerbthätige im Beruf tödtlich verunglückten

Table with 6 columns: Beruf, 1876 (m, w), 1877 (m, w), 1878 (m, w). Rows include Landwirtschaft, Fischerei, Bergbau, Metallverarbeitung, Maschinenbau, etc.

so hat man damit wohl Zahlen vor sich, die durch ihre Größe imponiren und auch wohl manches Vorurtheil über die Häufigkeit der tödtlichen Verunglückungen zerstören; allein ein richtiges Maas über die Gefährlichkeit der genannten Industrien und Gewerbe hat man damit noch keineswegs erlangt. Hierzu gehört außerdem noch die Kenntniß der Zahl der in diesen Gewerben erwerbthätig Beschäftigten. Leider kann dieselbe nicht alljährlich ermittelt werden, und auch die zuletzt Ende 1875 stattgefundene Gewerbezahlung giebt nur Aufschluß über die von ihr umfaßten Personen, nicht über die Zahl der Erwerbthätigen in der Landwirtschaft, bei den persönlichen Dienstleistungen und in den übrigen Berufsarten. Deren Zahl muß aus der am Ende des Jahres 1871 ausgeführten Berufszählung geschöpft werden. Der so angestellte Vergleich der sämtlichen Erwerbthätigen der einzelnen Gewerbe mit den hieraus Verunglückten ergibt Folgendes:

Table with 4 columns: Berufsarten, Erwerbthätige, tödtlich im Zählungsjahre, Auf je 1000 Erwerbthätige tödtlich. Rows include I. Landwirtschaft, II. Fischerei, III. Bergbau, etc.

1) Enthält: Industrie der Steine und Erden, — Chemische Industrie, — Industrie der Seife und Leuchtstoffe, — Textilindustrie, — Papier- und Lederindustrie, — Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, — Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, — Gewerbe für Bekleidung und Reinigung, — Polygraphische Gewerbe, — Künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke. 2) Handarbeiter, Tagelöhner unbestimmten Berufs, Gesinde und Diensthöten im eigenen Haushalt.

Hiernach rangiren die Berufszweige hinsichtlich ihrer Gefährdung des Lebens der Erwerbthätigen so, daß die Eisenbahnen obenan stehen, die Expedition, der Frachtverkehr und das Lohndienstwesen folgen, und diesen Branchen schließen sich die Fischerei, die Schiffahrt und die Flößerei an. Bergbau und Baugesen stehen ziemlich gleich, aber fast gar kein Unterschied in der Berufsgefährlichkeit besteht zwischen der übrigen Industrie und der Landwirtschaft.

Zu ähnlichen Resultaten gelangte der Herausgeber übrigens schon früher, und sie finden sich in der im April 1871 bei Berathung des Haftpflicht-Gesetzes dem deutschen Reichstag vorgelegten Denkschrift, in welcher bezüglich der tödtlichen Verunglückungen Folgendes nachgewiesen war:

Table with 2 columns: Beruf, Von je 1000 Erwerbthätigen verunglückten tödtlich. Rows include Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, etc.

Ueber die Ursachen, durch welche die Verunglückungen in den einzelnen Gewerben hauptsächlich herbeigeführt werden, werden wir ein andermal berichten.

Deutschland.

+ Berlin, den 22. April. [Die Wehrsteuer. — Bundesrath. — Einrichtungen zum Wohle der handarbeitenden Klassen.] Die Nachricht, daß dem Bundesrath noch jetzt der Entwurf einer Wehrsteuer vorgelegt ist, erregte heute in den Reichstagskreisen nicht geringes Aufsehen. Nach dem Entwurf soll das Gesetz mit dem 1. Oktober 1880 in Kraft treten. Demnach scheint die Reichsregierung von der Absicht auszugehen, es noch in der gegenwärtigen Session zu Stande zu bringen. Alsdann würde sich aber, bei der hinlänglich bekannten Geschäftslage, die Frage aufdrängen, wie eine so wichtige Angelegenheit bis zu dem gegenwärtigen Stadium der Reichstagsarbeiten verzögert werden konnte. — Unter den Anträgen zur Reform der Geschäftsordnung des Bundesraths soll sich auch ein Vorschlag befinden, welcher die strengere Geheimhaltung der Verhandlungen und Beschlüsse dieser Körperschaft bezweckt. Wir möchten dem Bundesrath statt dessen lieber eine zweckmäßige Veröffentlichung wenigstens der Resultate seiner Arbeiten empfehlen. Der Bundesrath mag sicherlich nicht selten Ursache zu Klagen über die Art und Weise haben, wie der Gang und die Ergebnisse seiner Verhandlungen in die Presse gelangen. Es wimmelt dabei von kleineren und größeren Unrichtigkeiten und Entstellungen. Das kann aber nur vermieden werden, wenn der Bundesrath selbst eine Veröffentlichung vornimmt, die weit vollständiger ausfallen und namentlich auch rascher erfolgen müßte, als es jetzt der Fall ist. Das ist von wohlmeinenden Presseorganen dem Bundesrath schon häufig empfohlen worden; die dürftigen Veröffentlichungen, die der „Reichsanzeiger“ seit einigen Jahren bringt, genügen in keiner Weise. Sie sind fast nichts, als eine Reproduktion der Tagesordnung und erfolgen überdies um einen Tag zu spät. Wer den Wettstreit kennt, mit welchem die Berichterstatter der Zeitungen einander zuvorkommen und mit reichen Informationen zu überbieten streben, muß zugestehen, daß in jener mageren und verspäteten amtlichen Veröffentlichung ein mächtiger Antriebs liegt, den dürftigen Stoff auf Wegen zu erweitern, die nicht immer die diskretesten und loyalsten sein mögen und dazu führen müssen, daß die Wahrheit mit willkürlichen Kombinationen vermischt wird. Wir verlangen keineswegs, daß der Bundesrath coram publico wie der Reichstag seine Sitzungen abhält, allein das Volk hat einen berechtigten Anspruch darauf, von den Ergebnissen der Bundesraths-Verhandlungen nicht erst dann Kenntniß zu erhalten, wenn dieselben dem Reichstag unterbreitet werden, und erst wenn diesem Anspruch in zuverlässiger, frühzeitiger und vollständiger amtlicher Weise Rechnung getragen wird, wird der Antriebs wegfallen, die berechnete Mißbegierde des Publikums durch Hinterhören zu befriedigen. — Gelegentlich der Einbringung des Gesetzesentwurfs über die Verlängerung des Sozialistengesetzes ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, ob und welche positiven Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der handarbeitenden Klassen, wie solche allgemein im Jahre 1878 zur definitiven Beseitigung und nicht bloß Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation und Gefahr für nothwendig erachtet wurden, inzwischen getroffen worden seien. Was die Gesetzgebung selbst betrifft, muß wohl die gestellte Frage verneint

